

# Aufruf zum 1. Mai 1966

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **58 (1966)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354224>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES  
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 4 - APRIL 1966 - 58. JAHRGANG

---

## Aufruf zum 1. Mai 1966

### Werk­tätige!

Millionen arbeitender Menschen, in freien und demokratischen Gewerkschaften vereint, fühlen sich am 1. Mai solidarisch verbunden. Sie blicken auf das Erreichte und Erkämpfte zurück und demonstrieren für ihre unerfüllten Forderungen. Die weitgesteckten Ziele der Gewerkschaftsbewegung sind noch nicht verwirklicht. Erstaunlich sind zwar die Leistungen der modernen Wissenschaft und Technik, aber noch immer lasten Sorgen und Nöte auf der Menschheit, werden Menschen durch Menschen ausgebeutet und unterdrückt. Kriegerische Auseinandersetzungen und Rassenhaß bedrohen den Frieden. Diktaturen verschiedenster Färbung mißachten Menschenwürde und Freiheitsrechte und lassen unabhängige Gewerkschaften nicht zu. Ganze Völker werden von Hungersnöten heimgesucht. Junge Nationen ringen um das nationale Selbstbestimmungsrecht; sie brauchen Hilfe und bessere Handelsmöglichkeiten, um die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen zu können.

Am Maifeiertag der Arbeit demonstrieren wir für einen größeren Anteil der Arbeitnehmer am wachsenden Wohlstand, für mehr Freizeit und Muße für die arbeitenden Menschen, für soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit, für das Ende des Rüstungswettlaufs und für ein friedliches Zusammenleben der Völker.

**Arbeitnehmer in Stadt und Land!**

Zahlreich sind die Probleme, die in unserem Land einer fortschrittlichen Lösung harren. Im Wirtschaftlichen und im Gesellschaftlichen, im Sozialen und im Menschlichen sind Verbesserungen notwendig und möglich. Der schweizerische Föderalismus bedarf in mancher Hinsicht (Schulwesen, Forschung, Boden- und Siedlungspolitik usw.) einer Anpassung an die Erfordernisse unseres dynamischen Zeitalters.

Vordringlich sind nach wie vor die Konjunkturprobleme. Die eidgenössischen Konjunkturbeschlüsse, die der Gewerkschaftsbund unterstützt hat, vermochten wohl die stärksten Wogen der Ueber-

konjunktur zu glätten, aber der inflationären Entwicklung konnte noch nicht Einhalt geboten werden. Die Unternehmer erzielen hohe Gewinne, und zahlreich sind die Aktiengesellschaften, die ihre Dividenden heraufsetzen konnten. Da die steigenden Lebenshaltungskosten die schwächsten Bevölkerungsschichten am empfindlichsten treffen, ist auch aus sozialen Erwägungen alles zu tun, um der Teuerung durch behördliche Maßnahmen, organisierte Selbsthilfe und richtiges individuelles Verbraucherverhalten entgegenzuwirken. Der Gewerkschaftsbund fordert eine aktive und gezielte staatliche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik. Er hält vermehrte konjunkturpolitische Kompetenzen der Nationalbank für unerlässlich. Wettbewerbs- und wachstumsfördernde Maßnahmen sind zu begrüßen. Die Bestrebungen für eine objektive Information und einen besseren Schutz der Konsumenten müssen von der Eidgenossenschaft gefördert und finanziell unterstützt werden.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Verbände setzen sich entschieden gegen jene Bestrebungen zur Wehr, welche die Konjunkturpolitik als Vorwand benützen wollen, um den sozialen Fortschritt zu bremsen, fällige Arbeitszeitverkürzungen zu verhindern und die notwendige Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufzuhalten.

### Arbeiter und Angestellte!

Akut ist das Wohnungs- und Mietzinsproblem. Es gibt zu wenig preisgünstige Wohnungen. Zu viele Arbeitnehmerfamilien sind gezwungen, Wohnungsmieten zu bezahlen, die einen übergroßen Anteil des Einkommens verschlingen. Die Förderung des Wohnungsbaus zählt zu den besonderen Anliegen der Gewerkschaften, die dazu beitragen wollen, daß die Möglichkeiten des eidgenössischen Wohnbaugesetzes ausgenützt werden. Die öffentliche Hand hat sich ihrerseits so zu verhalten, daß ein weiteres Ansteigen der Hypothekenzinse verhindert wird.

Die Wohnungsfrage läßt sich nur lösen, wenn eine fortschrittliche Bodenpolitik die zweckmäßige Besiedlung unseres Landes ermöglicht. Es sind deshalb die verfassungsmäßigen Grundlagen zu schaffen, die es Bund, Kantonen und Gemeinden gestatten, Vorschriften über die rationelle Nutzung des Bodens zu erlassen. Das Problem ist so dringlich, daß jedes zeitliche Verzögern den Interessen der Allgemeinheit widerspricht.

Die Teuerung bekommen ganz besonders die Betagten und die Invaliden zu spüren. Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, die AHV- und IV-Renten der eingetretenen Geldentwertung anzupassen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wird alles daransetzen, um den AHV- und IV-Rentnern möglichst rasch zu einer zeitgemäßen Rentenerhöhung zu verhelfen.

Der Leistungsstandard unserer Volkswirtschaft kann nur erhalten bleiben, wenn Forschung und berufliche Ausbildung auf allen Stufen und Gebieten gefördert und die vorhandenen Begabungsreserven ausgeschöpft werden. Wir treten dafür ein, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Kolleginnen und Kollegen!

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund kämpft für die Gleichberechtigung der Geschlechter im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben. Die gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken, liegt im Interesse sämtlicher Lohnverdiener. Deshalb appellieren wir an alle Arbeitnehmer, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen und an den Maikundgebungen im Zeichen der Solidarität für soziale Gerechtigkeit, Friede, Freiheit und Menschenwürde zu demonstrieren.

*Bundeskomitee  
des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes*

## Arbeitshygiene und Unfallverhütung

Der Verlust der Gesundheit bedeutet für den Arbeiter und seine Familie ein Unglück, das nur teilweise durch Versicherungsleistungen wiedergutmacht werden kann. Die Gewährleistung der Arbeitssicherheit gehört dementsprechend zu den wichtigsten Aufgaben des Arbeitnehmerschutzes. Wenn auch größere Katastrophen wie diejenige im Stollen von Robiei zum Glück selten sind, so muß man sich doch bewußt bleiben, daß sich täglich bald da und bald dort Arbeitsunfälle ereignen, bei denen Menschen verletzt, unter Umständen sogar verkrüppelt werden, und bei denen es oft nur einem glücklichen Zufall zu verdanken ist, daß der Ausgang nicht schlimmer ist. Auch Berufskrankheiten führen immer wieder dazu, daß Arbeiter ihre Gesundheit einbüßen.

### *Die Statistik der tödlichen Betriebsunfälle*

Anlaß zu den nachstehenden Ueberlegungen gibt uns die Statistik der tödlichen Betriebsunfälle in der Industrie, die jährlich vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlicht wird. Wie aus der beigefügten Tabelle hervorgeht, ist die Anzahl der berufsbedingten Todesfälle (nur Industriebetriebe, ohne Bergwerke) in der Schweiz unverhältnismäßig hoch. Sie ist rund siebenmal größer als in Großbritannien, rund dreimal höher als in Frankreich und rund viermal